

34. Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der Piratenpartei Sylt zur Sicherung von Dauerwohnraum

Auf den Antrag der Piratenpartei Sylt vom 27. Oktober 2013 wird Bezug genommen.

Es wird rege diskutiert, ob der Auftrag an die Landesregierung zu früh ist. Auch der Wohnungsbauausschuss und der Arbeitskreis Wohnungsbau sollen sich mit einer Aufarbeitung befassen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beauftragt die Bürgermeisterin der Gemeinde Sylt, die Landesregierung Schleswig-Holstein um folgende Prüfung zu bitten:

1. Eine Verordnung zum Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum.
2. Die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 20% auf 15% innerhalb von drei Jahren abzusenken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig